

*Höhepunkt des Tages war für einmal nicht die Ratssitzung, sondern der **Fraktionsausflug**, an dem wir ein höchst interessantes und abwechslungsreiches Programm in der Stadt Zürich erleben durften, das uns die städtischen Kantonsräte zusammengestellt hatten und das viele Gelegenheiten zum Gedankenaustausch untereinander, mit glp-Gemeinderäten, Nationalräten und Richtern gab:*

*Strichplatz, Basislager und das Bundesasylzentrum in Altstetten mit informativen Vorstellungen der Projekte durch zuständige Fachleute;*

*das Revitalisierungsprojekt „Limmatauen“*

*und schliesslich eine Information über das Weinanbauggebiet in Höngg mit einem lehrreichen Apéro.*

## **Gesetz über die Nachführung des Personalrechts im Hinblick auf die Verselbständigung der Versicherungskasse für das Staatspersonal und Gesetz über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz)**

Das Personalrecht und das Personalgesetz müssen nach der Privatisierung der BVK mit selbigem wieder in Harmonie gebracht werden. Die Linke nutzt diese technische Anpassung zum Klassenkampf, die Rechte zum Sparen bei den Angestellten und zur Abwehr von Anglizismen. Die Grünliberalen bleiben entspannt, lassen sich auch durch die Verwirrung bezüglich des korrekten Abstimmungsverfahrens nicht aus der Ruhe bringen und lehnen zusammen mit einer Mehrheit im Rat alle Minderheitsanträge ab.

## **Steuergesetz (Pauschalbesteuerung)**

Nach Abschaffung der Pauschalbesteuerung im Kanton Zürich 2009 wurde dieses Instrument ausländischen Steuerpflichtigen nur noch im Zuzugsjahr gewährt, in den Folgejahren nicht mehr. Die Unterscheidung zwischen Zuzugs- und Folgejahr entfällt nun nach Anpassung der entsprechenden Bundesgesetze, weshalb die Pauschalbesteuerung im Kanton Zürich definitiv Geschichte ist. Die Grünliberalen beteiligen sich nicht daran, diese technische und unbestrittene Anpassung zum Anlass für klassenkämpferische Voten oder zur Beschwörung des Untergangs des Wirtschaftsstandorts Zürich zu nehmen.

## **Erneuerung des NOK-Gründungsvertrages**

Der Vorstoss wurde zeitgleich in sieben Kantonen eingereicht – im Kanton Zürich mit Beteiligung der glp. Der Vertrag wurde 1914 abgeschlossen und entspricht in keiner Art und Weise mehr den Anforderungen an eine zukunftsgerichtete Energiepolitik. Die Bürgerlichen haben die Notwendigkeit der Energiewende wenig überraschend nicht begriffen und verharren in ihren 100 Jahre alten Positionen. Die parlamentarische Initiative erreicht dank der glp das Quorum der vorläufigen Unterstützung und geht an die Kommission für Umwelt und Verkehr zur Bearbeitung.